

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

ASF NRW
SGK NRW
SPD-Ratsfraktionen NRW
LAG Gleichstellung

Anja Butschkau MdL
Frauenpolitische Sprecherin

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 - 884 26 38
Fax: 0211 - 884 31 25
anja.butschkau@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

Newsletter des Arbeitskreises Gleichstellung und Frauen der SPD-Fraktion im Landtag NRW

20.03.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossin, lieber Genosse,

mit unserer neuen Ausgabe des Newsletters informieren wir Sie wieder über die aktuellen Themen aus unserem Arbeitskreis im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

Geplantes Paritätsgesetz: Geschlechterparitätische Repräsentanz in der Politik umsetzen! Wahlchancen von Frauen gewährleisten und strukturelle Benachteiligung beseitigen

100 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts sind Frauen in politischen Ämtern und Mandaten auf allen politischen Ebenen in Deutschland nach wie vor unterrepräsentiert. Erreichte der Frauenanteil im Jahr 2000 im nordrhein-westfälischen Landesparlament mit 34,8 Prozent seinen bisherigen Höhepunkt, beträgt der Anteil weiblicher Abgeordneter aktuell lediglich 27,1 Prozent. Auch im Vergleich zur vergangenen Legislaturperiode ist der Frauenanteil rückläufig.

Die traurige Bilanz: Seit 100 Jahren haben Frauen das aktive und passive Wahlrecht. Und seitdem besetzten Frauen weder in einem Landesparlament noch im Bundestag annähernd die Hälfte der Mandate. Der Frauenanteil in der Bevölkerung beträgt 51 Prozent, in politischen Repräsentationsgremien liegt er meist bei nur etwa einem Drittel oder sogar darunter. Ein desaströses Ergebnis. Die Forderung nach paritätischer Repräsentation auf allen politischen Ebenen ist daher noch lange nicht erfüllt und damit nach wie vor aktuell.

Das Grundgesetz konkretisiert in Art. 3 Abs. 2 den allgemeinen Grundsatz der Gleichberechtigung der Geschlechter, indem hier ein klarer Handlungsauftrag formuliert wird: Der Staat ist verpflichtet die „tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern“ zu gewährleisten und auf die „Beseitigung bestehender Nachteile“ hinzuwirken.

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen muss auch in politischen Repräsentationsgremien gewährleistet sein. Der geringe Anteil weiblicher Abgeordneter im nordrhein-westfälischen Landtag zeigt auch, dass es für die Umsetzung der tatsächlichen politischen Gleichberechtigung von Frauen in NRW noch erheblichen Nachholbedarf gibt. Ein gutes Beispiel für einen Weg hin zu gleichberechtigter Teilhabe bietet der Landtag Brandenburg: Er hat am 31.01.2019 das erste Paritätsgesetz in Deutschland beschlossen, das als Meilenstein in der Geschichte der Gleichstellung der Geschlechter bezeichnet werden kann. Obwohl der Frauenanteil unter den Abgeordneten bereits heute um mehr als zehn Prozent höher liegt als der Anteil der weiblichen Abgeordneten im Landtag NRW, hat der Landtag in Brandenburg beschlossen, dass ab 2020 Parteien ihre Landeslisten geschlechterparitätisch besetzt aufstellen müssen.

Lösungsansätze: Geschlechterparitätische Listen

Der Blick über den Tellerrand verdeutlicht, dass andere europäische Länder mit gesetzlich verankerten Quoten, Erfolge in puncto Gleichstellung erzielen konnten. So trat 2001 in Frankreich das Parité-Gesetz in Kraft. Es regelt die geschlechterparitätische Besetzung von Wahllisten.

Dass die Frauenquote wirkt, zeigen die bereits erprobten quotierten Wahllisten von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Um echte gleichberechtigte demokratische Teilhabe von Frauen zu gewährleisten, sind alle Parteien gefordert, ihre Landeslisten paritätisch zu besetzen. Das würde Frauen einen ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprechenden Einfluss auf politische Gestaltung ermöglichen.

Die Landtagsfraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen werden in einem gemeinsamen Prozess mit Expertinnen und Experten die Frage einer gesetzlichen Ausgestaltung der geschlechtergerechten Repräsentanz in der Politik untersuchen.

Unter anderem wird in einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung geprüft, inwieweit per Gesetz festgelegt werden kann, dass die Wahllisten aller Parteien, die an der Wahl teilnehmen wollen, durch alternierende Listung paritätisch besetzt werden können. Durch die vorgeschlagene Regelung wird keine Person von der Möglichkeit ausgeschlossen, für ein Landtagsmandat auf einer Landesliste zu kandidieren. Lediglich die Option auf jedem Listenplatz zu kandidieren, wird durch die Pflicht zur geschlechterquotierten Listenaufstellung eingeschränkt.

Mit einem Gesetzentwurf könnte durch eine Änderung des Wahlgesetzes für den Landtag Nordrhein-Westfalen ein paritätisches Wahlvorschlagsverfahren für die Landtagswahlen geschaffen werden.

Als Einstieg in den Prozess haben wir gemeinsam mit der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen ein Eckpunktepapier zum Paritätsgesetz beschlossen. Dieses haben wir am 22.03.2019 in einem gemeinsamen Pressegespräch vorgestellt.

Equal Pay Day 2019: Ein soziales Europa ist für uns ein Europa, in dem es einen europäischen Mindestlohn gibt und Frauen und Männer gleich bezahlt werden

Frohes neues Jahr, liebe Frauen! Und herzlichen Glückwunsch! Denn seit dem 18. März werden Sie für Ihre Arbeit in diesem Jahr endlich bezahlt. Im Durchschnitt erhalten Frauen 21 Prozent weniger Lohn als Männer. Das sind umgerechnet 77 Tage, an denen Frauen umsonst arbeiten. Finden Sie das nicht auch ungerecht?

Aber warum ist das so? Weil Frauen weniger im Kopf haben als Männer? Ich denke nicht!

Auch heute noch werden wir Frauen auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert. Wir arbeiten weitaus häufiger als Männer in Teilzeit, wir erziehen die Kinder, pflegen die Eltern und wir haben geringere Chancen, im Job aufzusteigen. Je höher die Gehaltsstufe ist, desto geringer ist der Frauenanteil.

Liebe Frauen, es kann doch nicht sein, dass wir im Jahr 2019 im Durchschnitt immer noch 21 Prozent weniger verdienen als Männer! Da sind sogar unsere europäischen Nachbarn weiter. In Island gibt es zum Beispiel ein Gesetz, das auch private Unternehmen zur Entgeltfreiheit verpflichtet. Europaweit beträgt der Equal Pay Gap 16 Prozent. Das ist immer noch zu hoch, aber deutlich niedriger als in Deutschland.

Wer heute wenig verdient, bekommt morgen auch eine geringere Rente. Vor allem Frauen, die ihr Leben lang in Teilzeit arbeiten mussten, droht Altersarmut. Lassen Sie uns gemeinsam dagegen kämpfen!

Sowohl das deutsche Grundgesetz als auch die Charta der Grundrechte der Europäischen Union schreiben die Gleichheit von Frauen und Männern vor. Die Realität sieht in Deutschland aber anders aus! Wir brauchen einen Mentalitätswechsel - jetzt!

Daher haben wir die Landesregierung in diesem Monat mit einem Antrag im Landtag aufgefordert, eine Bundesratsinitiative zu starten, um das Schließen der Lohn- und Rentenlücke von Frauen durch die Vereinbarung verbindlicher Ziele auf EU-Ebene und durch ein EU-weites Lohnngerechtigkeitsgesetz zu erreichen. Nordrhein-Westfalen hat im Bund den Vorsitz der Europaministerkonferenz. Hier muss sie sich für das Thema einsetzen und ihren Einfluss geltend machen.

Lassen Sie uns dafür streiten, dass der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ europaweit in die Tat umgesetzt wird, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert wird und die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts ein Ende hat. Europa ist erst am Ziel, wenn der Equal Pay Day auf den 1. Januar fällt!

Girls´ Day der SPD Landtagsfraktion NRW

Girls´ Day – Ein Tag für Mädchen! Seit dem Jahr 2001 versucht der Girls Day der noch sehr stark von Geschlechterstereotypen geprägten Berufswahl mit Einblicken in verschiedene Berufsfelder entgegenzuwirken. Diese Rollenklischees gilt es aufzubrechen und damit

Mädchen und Jungen gleichermaßen die gesamte Bandbreite der Berufsmöglichkeiten zugänglich zu machen. Das ist eine mühevoll Aufgabe, denn das Berufswahlverhalten von Mädchen und Jungen ändert sich nur sehr langsam. Die Statistik belegt: Nur wenige Mädchen und junge Frauen ergreifen scheinbare "Männerberufe". Dabei waren und sind Mädchen und junge Frauen in Nordrhein-Westfalen noch nie so gut ausgebildet wie heute. Und trotzdem sind Mädchen nicht nur in technischen und naturwissenschaftlichen Berufen, sondern auch in der Politik nach wie vor unterrepräsentiert. Zur Veranschaulichung: Der Frauenanteil unter den Abgeordneten im nordrhein-westfälischen Landtag beträgt in dieser 17. Wahlperiode nur 27,1 Prozent. 100 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts sind Frauen also in der Politik immer noch nicht gleichgestellt.

Weniger Geld, mehr Teilzeit, kaum Führungspositionen – die Frauen und ihr Berufsleben stehen in diesen Tagen mal wieder im Fokus des öffentlichen Interesses. Zwar ist es längst selbstverständlich für Mädchen, einen Beruf zu ergreifen, doch landen sie zum Großteil immer noch in klassischen "Frauenberufen".

Um diese Rollenklischees aufzubrechen, hat die SPD-Fraktion im Landtag von NRW zu einem internen Girls' Day zum Kennenlernen des Berufs „Politikerin/Abgeordnete“ eingeladen. Mit dieser Veranstaltung wollten wir den Schülerinnen einen Einblick in die Lebensläufe und die Arbeit unserer Abgeordneten geben. Verschiedene Mitmach- und Diskussionsmöglichkeiten sowie ein Einblick in den parallel stattfindenden Plenartag sollten den Schülerinnen verschiedene Aufgabenbereiche und Facetten des Berufsfeldes der Abgeordneten aufzeigen.

Ganz bewusst haben die weiblichen Abgeordneten der SPD-Fraktion zu diesem Aktionstag eingeladen. Denn sie haben eventuell selbst erlebt, mit welchen Schwierigkeiten Frauen in der Politik konfrontiert sind und können diese Erfahrungen mit den Mädchen teilen.

Aus dem Ausschuss: Entwicklung der Loverboy-Methode zur Erzwingung von Prostitution in Nordrhein-Westfalen

Laut Angaben des Landeskriminalamtes (LKA) sind die Zahlen der Opfer der sogenannten „Loverboy-Methode“ zur Erzwingung von Prostitution auch in NRW gestiegen. Immer mehr minderjährige Mädchen geraten bei dieser Methode in eine emotionale Abhängigkeit und sogar in die Prostitution. In der Vorlage vom 7. November 2018 führt die Landesregierung diese Methode bereits als eine von vielen Vorgehensweisen auf, mit der junge Frauen zur sexuellen Ausbeutung gezwungen werden. Eine tiefergehende Befassung mit der Thematik zeigt, dass zur Bekämpfung und vor allem Prävention solcher Methoden, zahlreiche ineinandergreifende Bereiche zusammenarbeiten müssen.

Wir haben einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur derzeitigen Entwicklung der sogenannten „Loverboy-Methode“ in NRW angefordert. Unter anderem sollten die Fragen nach bereits ergriffenen und auch geplanten Maßnahmen der Landesregierung, um dieser Masche einen Riegel vorzuschieben und präventive Ansätze zu stärken, diskutiert werden.

Der Bericht der Landesregierung ist jedoch sehr ernüchternd: Auch auf Rückfragen während der Ausschusssitzung konnte nicht ausreichend geantwortet werden. Daher freuen

wir uns auf die geplante Anhörung zu diesem Thema und hoffen sehr, dass der Austausch mit Expertinnen und Experten zur Klärung der zahlreichen offenen Fragen beiträgt.

Download: Bericht der Landesregierung zur „Entwicklung der sogenannten "Loveboy-Methode" zur Erzwungung von Prostitution in Nordrhein-Westfalen“ (Vorlage 17/1796)

Dramatische Entwicklung der Wohnungslosigkeit von Frauen in Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen gibt es über 32.000 wohnungslose Menschen, fast 10.000 davon sind Frauen. Die neusten Zahlen einer Studie der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe zeigen erneut, wie dramatisch sich die Wohnungslosigkeit bei Frauen in Nordrhein-Westfalen entwickelt.

Die Hilfs- und Beratungsangebote sind jedoch überwiegend auf männliche Obdachlose ausgerichtet. Gerade in ländlichen Regionen fehlen Unterkünfte, die sich speziell an Frauen richten. Aber gerade in einer Notsituation wie der Wohnungslosigkeit, die oft mit weiteren sozialen Problemlagen wie Armut, häuslicher Gewalt, Krankheit oder Sucht einhergeht, sind geschlechterspezifische Angebote wichtig.

Hinzu kommt, dass es aufgrund fehlenden bezahlbaren Wohnraums in den Großstädten an Rhein und Ruhr immer schwieriger für Kommunen und Träger wird, die betroffenen Frauen zeitnah in Wohnungen unterzubringen. Leider schafft es die Landesregierung nicht, ausreichend neue Wohnungen mit einer Mietpreisbindung zu schaffen.

Mit unserem Antrag „Frohe Weihnachten! – In der Herberge war kein Platz: Die Landesregierung muss endlich ihre sozialpolitische Verantwortung für die Wohnungsversorgung der Bevölkerung wahrnehmen“ fordern wir die Landesregierung auf, die Landesprogramme zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit, insbesondere unter der Berücksichtigung der Situation wohnungsloser und von Wohnungslosigkeit bedrohter Frauen, deutlich zu stärken.

Download: Antrag SPD-Fraktion (Drucksache 17/4457)

Wir freuen uns auf Ihr Feedback und Ihre Denkanstöße zu unseren politischen Initiativen. Selbstverständlich stehen wir Ihnen sehr gerne für einen konstruktiven Austausch zur Verfügung.

Mit solidarischen Grüßen



Anja Butschkau MdL

Besuchen Sie uns auch auf Facebook:
[facebook.com/spdfraktionnrw](https://www.facebook.com/spdfraktionnrw)